

Deregulierung statt Demokratie?

Fakten und Argumente gegen einen EWR-Beitritt

Eine Dokumentation des Zürcher Regenbogenforums
gegen EWR- und EG-Beitritt. PF 1814, 8040 Zürich

Einleitung: Frage nach der Dynamik

Nicht um Himmel und Hölle, nicht um Schwarz und Weiss geht es am 6. Dezember in der EWR-Abstimmung. Allen, die sich in den letzten Jahren für soziale und ökologische Forderungen eingesetzt, in Frauen- oder Friedensarbeit engagiert haben, ist klar, dass keinesfalls "die Schweiz" als Musterländle gegen den EWR gesetzt werden kann. Ebenso offensichtlich scheint uns, dass der EWR als extrem wirtschaftslastiges Projekt keineswegs geeignet ist, die wichtigen Probleme einfach zu lösen.

Wir wollen weder die Schweiz noch die EG verklären oder verteufeln, sondern die Frage nach der Dynamik stellen: In welche Richtung verschiebt ein EWR-Beitritt die Verhältnisse? Welche Momente, Ideen und Lösungsansätze erhalten Auftrieb, welche werden geschwächt? Von dieser Fragestellung her gelangen wir zum Schluss, dass der EWR die Schweiz verändern würde, aber in die falsche Richtung. Demokratische Rechte werden ausgehöhlt, das Gewicht von Markt und Wirtschaft nimmt zu, Schutzdämme gegen soziale Ungleichheit und Umweltzerstörung werden geschwächt.

So sehr wir die Abneigung vieler solidarisch und weltoffen denkender Menschen gegen die Schnüffel-, Fluchtgeld- und Defileeschweiz teilen, so wenig können wir dem Schluss folgen, dass jede Alternative besser sei. Der EWR dürfte in den EFTA-Ländern - ähnlich wie die Realisierung des Binnenmarktes in der EG der späten achtziger Jahre - nicht die Kräfte der Solidarität, der Demokratisierung und der ökologischen Vernunft stärken. Die Fränkli-Oligarchie wird ihre gesellschaftlichen Positionen verbessern, die Restrukturierungsoffer suchen ihr politisches Heil eher bei den Ewiggestrigen.

Einleitung (Fortsetzung)

Den Spitzen von SPS und Schweizerischem Gewerkschaftsbund (SGB) ist es geschickt gelungen, die Lawine Richtung EWR- und EG-Beitritt loszutreten. Inzwischen ist ihnen die Geschichte aber völlig entglitten. Von den anfänglich vielzitierten "Bedingungen" und "inneren Reformen" konnte nichts umgesetzt werden - trotzdem bleiben SPS und SGB bei einem Ja zum EWR. Den Ton gibt nun allerdings ein EWR-Bürgerblock an, der von den grossen Regierungsparteien über Banken und Vorort bis zum Bauern- und Gewerbeverband reicht. In welche Richtung diese Kräfte die Schweiz mit dem EWR-Beitritt reformieren möchten, ist offensichtlich. Ob Frauenlöhne, MieterInnenschutz, Kampfflugzeuge oder Ökobonus - die EWR-freudigen bürgerlichen Grossformationen haben in der jüngsten Vergangenheit die konkreten Schritte verhindert, die positiv von der verknorzten Nachkriegsschweiz weggeführt hätten.

Ein EWR-Beitritt öffnet die Schweiz - als ob das nötig wäre - noch mehr für das Europa der Wirtschaft und der Märkte. Diese Öffnung geht in die falsche Richtung und hat einen hohen demokratiepolitischen Preis. Die Schweiz braucht einen Prozess innenpolitischer Reformen und aussenpolitischer Öffnung. Die inneren Reformen müssen Überreste von Igelmentalität und Militarismus überwinden, die Gesellschaft handlungsfähiger machen gegenüber neuer Armut und Umweltzerstörung, Drogenproblemen und Wohnungsnot. Die aussenpolitische Öffnung darf sich nicht auf Westeuropa beschränken. Europapolitisch können problemlos unbestrittene Teile von EG-Regelungen übernommen werden, ohne dabei in den wichtigen Fragen auf demokratisch legitimierte Lösungen zu verzichten.

Urs Meile

EFTA-Länder als Anhängsel der EG?

Die Schaffung des EWR ist kein Schritt in Richtung eines kooperativen und demokratischen Europas. Ein Beitritt öffnet die Schweiz nicht kulturell und politisch, sondern wirtschaftlich und finanziell. Die Konstruktion des EWR-Vertrags spricht jeder Vorstellung von Partnerschaft und Gleichberechtigung von Vertragsparteien Hohn. In der offiziellen Sprachregelung ist die Rede von den "zwei Säulen" EG und EFTA. Zutreffender wäre es, von einer teilweisen Kolonialisierung der EFTA-Länder zu sprechen. Dass dies keine polemische Wendung ist, sondern eine sachlich begründbare Einschätzung, zeigt der Aufbau des EWR.

Der EWR-Vertrag enthält nicht inhaltliche Abmachungen, sondern organisiert die Unterordnung der EFTA-Länder unter das EG-Recht ("acquis communautaire"). Die EFTA-Staaten müssten bei einem Beitritt eine riesige Menge existierendes EG-Rechts einfach übernehmen und umsetzen: Rund 1500 Richtlinien, Verordnungen, Beschlüsse und Empfehlungen. Dieser unüberblickbare Wust von Vorschriften dient der Vereinheitlichung, der "Homogenität" des Binnenmarkts. Wo es solche Vorschriften gibt, verlieren die Einzelstaaten ihre Kompetenzen und dürfen - etwa beim Umweltschutz - keine schärferen Vorschriften mehr erlassen.

Inhalt:

- 1 Einleitung: Frage nach der Dynamik
- 2 EFTA-Länder als Anhängsel der EG?
- 3 Wirtschaft dominiert
- 5 Entsolidarisierung ohne Leitplanken
- 8 Kahlschlag an demokratischen Rechten
- 9 Umweltzerstörung wird beschleunigt
- 11 Andere Möglichkeiten
- 11 Literatur
- 11 Impressum

Positionen:

- 3 *Otto F. Walter* Zementierte Diskriminierung
- 3 *Paul Ruppen* Leiden am Kleinstaat?
- 4 *Heinzpeter Studer* EWR verschont Landwirtschaft ... bis 6.12.92
- 5 *Beate Wille* Weniger Benachteiligung im EWR?
- 6 *Lotta Suter* Hübsche Richtlinien auf Papier
- 6 *Margrit Geiser und Stella Jegher* Von Männern für Männer gemacht
- 7 *Chris Goll* Patriarchales Herrschaftsprojekt
- 8 *Reto Gamma* Die Demokratie zurückstutzen?
- 8 *Andi Gross* Kontraproduktiver EWR
- 9 *Hans Steiger* Mehr Verkehr - auch in der Luft
- 10 *Theresa Herzog-Zimmermann* Umweltziele werden in Frage gestellt

Die Pflicht zur passiven Übernahme von EG-Recht gilt nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft. Die EFTA-Staaten haben keinerlei Mitbestimmungsrechte bei der zukünftigen Entwicklung des Binnenmarktes, sondern geben der EG eine Blankovollmacht. Verzichtsmöglichkeiten für Einzelstaaten (ein sogenanntes individuelles opting out) gibt es nicht. Sollte ein einzelner EFTA-Staat sich weigern, einer bestimmten neuen Regelung aus Brüssel zu folgen, gerät er unmittelbar unter Druck nicht nur der EG, sondern auch der andern EFTA-Länder: Die EG kann nach eigenem Ermessen einen ganzen Bereich des Vertrags ausser Kraft setzen - und zwar für alle EFTA-Staaten.

Schliesslich sind auch die Mechanismen zur Schlichtung von Konflikten auf die Vorherrschaft der EG ausgerichtet. Die frühere Idee eines EWR-Gerichtshofs wurde vom EG-Gerichtshof zu Fall gebracht - die EG mit ihrem quasistaatlichen Selbstverständnis will sich von aussen nicht dreinreden lassen.

In der neueren Geschichte zivilisierter Staaten gibt es keinen vergleichbaren Vorgang, in dem demokratische Staaten freiwillig und ohne Mitbestimmungsrechte hunderte von Kompetenzen einfach abliefern. In wirtschaftlicher, sozialer und umweltpolitischer Hinsicht waren die osteuropäischen "Satellitenstaaten" gegenüber der UdSSR selbständiger als die EFTA-Länder gegenüber der EG im Rahmen eines EWR.

Diese Schlagseite des EWR wird auch vom Bundesrat in seiner Botschaft offen zugegeben. Er bestätigt, dass der EWR-Vertrag "nicht in allen Teilen den Grundsatz der Gleichheit der Vertragsparteien respektiert und insbesondere keine Mit-Entscheidung vorsieht". Warum ist der Bundesrat plötzlich bereit, grosse Stütze aus der jahrzehntelang beschworenen nationalen Souveränität herauszuschneiden, die bis auf den heutigen Tag mit Militärmilliarden geschützt werden soll?

Für den Bundesrat und weite Teile der classe politica dominieren "die vor allem wirtschaftlichen Vorteile des Abkommens" offenbar so stark, dass noch so gerne Teile der Volksrechte sowie Minimalanforderungen internationaler Partnerschaft für ein paar ECUS geopfert werden. Der EWR ist also eine typisch schweizerische Fränkli-Politik - diesmal nicht mit traditionellen helvetischen Mythen, sondern mit euphorischem Brimborium dekoriert.

Zudem sieht der Bundesrat den EWR ja auch nur als Zwischenstation auf dem Weg in die EG an, und das ist begreiflich. Der EWR ist eine derart windschiefe und demokratiefeindliche Konstruktion, dass sie im Ernst nicht als dauerhafte Lösung angesehen werden kann. Sollte am 6. Dezember der Beitritt zum EWR

Wirtschaft dominiert

Der Mitte der achtziger Jahre lancierte und heute zu drei Vierteln realisierte Binnenmarkt der EG entwickelt zwar einen unheimlichen Charme gegenüber helvetischen Wirtschaftskreisen und Gewerkschaftsspitzen - eine Erfolgsstory ist er keineswegs. Wohl ist der von EG-Kommissionspräsident Delors vorangetriebene Binnenmarkt nicht die Ursache der gegenwärtigen Rezession. Die entsprechenden Deregulierungspolitik hat jedoch massiv zu mehr Arbeitslosigkeit und neuer Armut beigetragen. Die im nun auseinanderbrechenden Europäischen Währungssystem (EWS) vollzogene Gleichschaltung der Währungspolitik hat beispielsweise in Frankreich zu dramatisch hohen Zinssätzen geführt, welche direkt für mehr Armut, Mietzinsnot und Schwierigkeiten für die im westlichen Nachbarland zahlreichen kleinen EigenheimbesitzerInnen verantwortlich sind.

Vorläufig unterstützen grössere Teile der westeuropäischen Linken solche soziale Brutalo-Politik unter dem Banner des Binnenmarktes. Diese Kräfte setzen in einer äusserst riskanten Art darauf, dass der Binnenmarkt einen neuen europäischen Wirtschaftsboom

Paul Ruppen

Leiden am Kleinstaat?

EWR- und EG-Gegnern, welche die Entstehung einer europäischen Grossmacht verhindern möchten, wirft man Nationalismus und linken Patriotismus vor. Die eindeutig euronationalistischen Äusserungen von EG-Staatsmännern nimmt man hingegen nicht zur Kenntnis. Diese Blindheit erklärt sich offenbar durch die Untugenden, die man der Schweiz anlastet und die man oft erfolglos etliche Jahre bekämpft hat. Man scheint deshalb endgültig von diesem Land genug zu haben und will einfach etwas anderes, sei's auch viel schlimmer. Diese Haltung ist ein Eingeständnis eigener Ohnmacht. War denn "linke" Politik in den letzten Jahrzehnten wirklich immer so gut, dass deren Misserfolge den schweizerischen Institutionen anzulasten sind? Bemerkenswert an dieser Haltung ist zudem, dass man ausgerechnet mit jenen Kreisen in die EG will, die in grossem Masse die Untugenden der Schweiz verkörpern: sozialen Stillstand, wirtschaftlichen Kolonialismus und die wirtschaftliche Unterstützung rassistischer Regimes. Der Vorwurf unheiliger Allianzen beruht natürlich auf Gegenseitigkeit. Ein grossmächtiges Europa, das den Konzernen zwecks Sicherung von Rohstoffen den lang ersehnten militärischen Arm liefert, sollte jedoch für "Linke" keine freundliche Perspektive darstellen.

Paul Ruppen ist Politologe und Vorstandsmitglied des Forums gegen EG- und EWR-Beitritt.

Otto F. Walter

Zementierte Diskriminierung

"Die EG heute ist ein Instrument der Deregulierungsinteressen von Grosskonzernen, gerichtet zunächst gegen die Konkurrenzblöcke Fernost und USA. Sie ist gleichzeitig der Versuch der französischen Diplomatie, die wirtschaftliche Grossmacht Deutschland möglichst restlos einzubinden, wofür ich übrigens Verständnis habe. Nationalismus wird jedoch nicht abgeschafft; er wird, auf die Blockstufe gehoben, verstärkt. Die EG als Union wird zum europäischen Igel, zur Festung Europa; die Diskriminierung der nichteuropäischen Völker wird zementiert, wie die EG-Flüchtlingspolitik heute schon, unter Mitwirkung der Schweiz, exemplarisch vorführt. Statt weltweiter Vernetzung: intensivierter Blockbildung. Gewinner sind die Grossen, die Superreichen. Verlierer: die wirtschaftlich Mittelstarken, die Kleinen, die Schwachen; einmal mehr die Bevölkerungen der Dritten Welt. Und natürlich der Lebensgrund von uns allen, die Natur."

Ausschnitt aus den Thesen des Schriftstellers Otto F. Walter, veröffentlicht in der Weltwoche 34 1992.

beschlossen werden, werden am 7. Dezember die Vorbereitungen Richtung EG-Beitritt beginnen.

entfesseln wird, welcher dann Arbeitslosigkeit und neue Armut aufsaugen soll. Auch die Frauen, so eine grundlegende Argumentation von Margrit Meier, der künftigen Europa-Verantwortlichen im Schweizerischen Gewerkschaftsbund, brauchen einen Binnenmarkt mit "mehr Konkurrenz... mehr Strukturwandel... mehr Wirtschaftswachstum". Nach einigen ökologischen Schlenkern in den achtziger Jahren erlebt heute die traditionelle Wachstumsideologie à la fünfziger Jahre in diesen Kreisen wieder eine wahre Blüte.

Vorläufig weist nichts darauf hin, dass der Glaube an den europäischen Superboom mehr als ein Glaube ist. Zudem hat sich in den achtziger Jahren gezeigt, dass sich eine Kombination von Deregulierung und Wachstum sozialpolitisch keineswegs positiv auswirken muss. In Ländern wie England oder Frankreich klaffen, beträchtliche Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts hin oder her, die sozialen Gegensätze weiter auseinander denn je. Trotz fünf Boomjahren ist die Zahl der Armen in der EG, so lesen wir in "Le Monde Diplomatique" vom Juli dieses Jahres, seit 1985 von 44 auf 53 Millionen gestiegen. Auch dafür

Heinzpeter Studer

EWR verschont Landwirtschaft ... bis 6.12.92

Die BefürworterInnen des EWR betonen immer wieder, die Landwirtschaft sei - gottseidank - aus dem EWR-Vertrag ausgeklammert. Tatsächlich: Was uns von bald allen Seiten aufgetischt wird, ist bloss eine Zweckbehauptung. Auf dem Papier sieht der EWR-Vertrag tatsächlich keine Uebernahme der EG-Agrarpolitik vor. In der EWR-Praxis wird freilich auch im Agrarsektor eine zunehmende Anpassung an den realexistierenden Binnenmarkt unvermeidlich sein. Dies aus vier Gründen:

1. EWR will wachsenden Agrar-Freihandel. Nachzulesen in der Gratis-Dokumentation des Bundes zum EWR: Der EWR-Vertrag setzt die "progressive Liberalisierung des Agrarhandels" als Ziel. Erster Schritt dahin sind bilaterale Agrarkonzessionen zwischen der EG und den EFTA-Staaten. Die Schweiz und die EG sollen bei vorerst 19 Produkten (diverse Käse, Topfpflanzen und Schnittblumen) gegenseitig Zölle senken und Kontingente erweitern. Ferner müsste die Schweiz den südlichen EG-Staaten bei 23 Produkten (Gemüse, Obst, Weine) einseitig Zollreduktionen gewähren.

Die beiden Produktelisten tangieren die hiesige Landwirtschaft wenig. Der EWR-Vertrag enthält aber eine Evolutivklausel: Alle zwei Jahre soll der gegenseitige Agrarhandel überprüft werden - mit der Freihandels-Brille und im Licht der Resultate der noch immer unvollendeten GATT-Uruguay-Runde. Wir können uns heute schon an den Fingern abzählen, dass die Liste der "liberalisierten" Produkte rasch länger und problematischer werden wird.

2. Anschluss an die EG-Agrarpolitik. Fast beschwörend heisst es in der Gratis-Dokumentation des Bundes: "Der EWR führt weder zum Freihandel für Landwirtschaftsprodukte noch zu einer Anpassung der Landwirtschaftspolitik." Die dreiste Falschheit der ersten Behauptung (Liberalisierung als Ziel - und dann doch kein Freihandel?) weckt Zweifel an der Wahrheit der zweiten. Tatsächlich ist es doch so, dass zunehmender Agrar-Freihandel die inländischen Produkte einem wachsenden Konkurrenzdruck durch Produkte unterwirft, die unter EG-Bedingungen hergestellt wurden. Und diese Bedingungen heissen schlicht: mehr Exportware für weniger Geld - die jüngste "Reform" der EG-Agrarpolitik hat das erneut unterschrieben. Auch unter EWR-Bedingungen würde es bei immer mehr Agrarprodukten unmöglich werden, die höheren Schweizer Normen (Tier- und Umweltschutz), die strukturell notwendig höheren Preise sowie Fördermassnahmen gegen den Importdruck aufrecht zu erhalten.

3. Nahrungsmittel: Nivellierung nach unten. Der EWR-Vertrag übernimmt das Grundprinzip des EG-Lebensmittelrechts, die "gegenseitige Anerkennung" der nationalen Vorschriften. Was als liberales, dezentrales Prinzip erscheint, entfaltet seit den achtziger Jahren mit höchstrichterlichem Segen eine ganz unliberale und zentralisierende Wirkung. Eine Bratwurst aus Spanien beispielsweise muss nicht die deutschen Vorschriften erfüllen, damit sie dorthin exportiert werden darf; es genügt, wenn sie den spanischen Vorschriften entspricht. Schärfere Bestimmungen der Importländer dürfen ausländischen Anbietern gegenüber nicht mehr zur Auflage gemacht werden, weil dies sogleich als "Handelshemmnis" eingeklagt werden könnte.

4. Gentech-Food verändert Landwirtschaft. Die EG setzt voll auf "novel food", also auf Nahrungsmittel, die mit Hilfe von Gentechniken hergestellt werden. Um im Wettbewerb gegen die USA und Japan zu bestehen, gibt die EG jährlich rund eine halbe Milliarde Franken für die Forschung in diesem Bereich aus. Als EWR-Mitglied müsste die Schweiz "novel food" zulassen. Damit würde die Nivellierung nach unten zusätzlich verschärft. Schweizer Landwirtschaft und Nahrungswirtschaft wären unter dem Druck zusätzlicher Kostendifferenzen rasch bereit, ihrerseits auf Gentechniken zu setzen - die Basler Chemie tut dies heute schon im grossen Stil und wartet dementsprechend ungeduldig auf wachsende Verwertungschancen im grössten Binnenmarkt der Welt...

Heinzpeter Studer ist Mitglied der KAG Geschäftsleitung. Seine Ausführungen sind ein auszugsweiser und gekürzter Vorabdruck aus seinem Mitte Oktober erscheinenden Buch "Kann mensch EG essen? Konsumelend und Agrikult im 'freien' Markt".

können nicht einfach EG und Binnenmarkt verantwortlich gemacht werden. Aber die Aufwertung der Marktprinzipien und die deregulierende Wirkung des Binnenmarktes stärken im Stil der Reaganomics den Egoismus der Wohlhabenden, zersetzen Bande der Solidarität und staatliche Handlungsbereitschaft im Sinne des Gemeinwohls.

Der EWR ist im wesentlichen ein Wirtschafts- und Deregulierungsprojekt. Wohl stellt auch die EG zahllose Regelungen auf. Aber diese Vereinheitlichung "ist europaweit gesehen bereits rein quantitativ eine Deregulierung. Die grosse Masse der Brüsseler Regulierungen hat zum Zweck, die Märkte zu homogenisieren. Jeder weiss, dass homogene Märkte mehr Konkurrenz aufweisen als inhomogene Märkte." Wir können dem EWR-Befürworter Professor Kleinewefers in diesem Punkt nur zustimmen.

Hinzu kommt die Tatsache, dass diese Regelungen wie in der EG auch in einem künftigen EWR sehr ungleich realisiert werden. Während Firmen für Produkte relativ einfach den einen Marktzugang durchsetzen können, werden soziale und ökologische Regulierungen schlampig vollzogen oder über weite Strecken einfach ignoriert. Es gibt bisher keine Anzeichen dafür, dass sich ein europaweiter Binnenmarkt besser ökologisch und sozial gestalten liesse als die bisherigen nationa-

len Marktausschnitte. Der Trend geht in die andere Richtung. Binnenmarkt und EWR setzen die Marktkräfte ins Zentrum, erschweren eine Einflussnahme durch die Gesellschaft, durch die Menschen an der Basis.

Viel Positives vermögen manche Linke dem EWR abzugewinnen, weil er die Auflösung von Kartellen erzwingt und die Volkswirtschaft modernisiert. Zigaretten und Autos sind in aller Munde, als ob das die Art von Wohlstandsvermehrung wäre, die wir hierzulande noch brauchen... Uns geht es nicht darum, Kartelle zu verteidigen, sondern um die sozialen Konsequenzen. Mit der Auflösung der Kartelle ist die Absicht verbunden, weniger produktive Wirtschaftszweige und die entsprechenden Arbeitsplätze einfach zu liquidieren. Im heutigen Umfeld zunehmender Arbeitslosigkeit und neuer Armut ist diese Politik verantwortungslos. Für die Opfer solchen Kahlschlags stehen weder neue Arbeitsplätze noch andere zukunfts offene Nischen oder ein garantiertes Mindesteinkommen bereit.

Vor diesem Hintergrund sind die "Wohlstandsgewinne" zu bewerten, mit denen der Bevölkerung ein Ja zum EWR schmackhaft gemacht werden soll. In krassem Gegensatz zur Angstmacherei mit drohender Verelendung stehen die Zahlen der Hauser-Studie. Die

4 bis 6 Prozent Wachstumseffekt, welche ein EWR-Beitritt auf 10 Jahre hinaus hätte, sind laut Rudolf Strahm kleiner als die Prognosefehler. Zudem müssten sie mit den zusätzlichen ökologischen und sozialen Schäden eines EWR-Beitritts verrechnet werden,

welche vorläufig keinen Preis haben. Und drittens stellt sich die Frage, ob die Wachstumseffekte wirklich am richtigen Ort auftauchen und den richtigen Leuten zugute kommen würden.

Entsolidarisierung ohne Leitplanken

Dass ein Anschluss an den EG-Binnenmarkt kein Honiglecken ist, wissen auch SGB und SPS. Das sozialdemokratische "Manifest für ein soziales Europa" konstatiert: "In den letzten zehn Jahren haben sich die sozialen Gegensätze in fast allen Ländern Europas verschärft." Der in dieser Zeit massiv ausgebauten supranationalen Handlungsspielraum hat sich offenbar sozialpolitisch nicht gerade günstig ausgewirkt...

Trotzdem hat der EWR einzelne Vorteile, die aber von den BefürworterInnen weit überbewertet und wie Rosinen aus einem misslungenen Kuchen herausgepickt werden. Einen substantiellen Pluspunkt bildet die Freizügigkeit für Personen und ihre rechtliche Besserstellung im EWR-Ausland. Das geht in eine

Richtung, in welche auch grüne und linke EWR-GegnerInnen schon lange ziehen. Dass diese Verbesserungen allerdings als Nebenprodukt einer Ver-Marktung Westeuropas abfallen, mindert ihren konkreten Wert erheblich. Von den Verbesserungen würden nur WesteuropäerInnen profitieren - für alle andern ergibt sich eine direkte Verschlechterung, weil sie nun völlig in die Rolle eines rechtlosen Puffers gedrängt werden. Die Chancen von Menschen aus Osteuropa und der Dritten Welt auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz in der reichen Schweiz würden sich noch weiter vermindern. Auch innerhalb des EWR verschlechtern sich die Chancen der Ärmsten und wenig qualifizierten, in der Schweiz einen Job zu erhalten. Der Bundesrat geht zu Recht davon aus, dass die Zahl der

Beate Wille

Weniger Benachteiligung im EWR?

6 Gründe, warum der EWR kaum zu einer Linderung der Benachteiligung von Frauen führen wird.

Die Arbeitsrealität von Frauen in der Schweiz ist heute schon EG-kompatibel: Hüben wie drüben sind Frauen vorwiegend auf den unteren und untersten Hierarchieebenen vertreten, liegen Frauenlöhne ca. einen Drittel unter Männerlöhnen, arbeiten Frauen vorwiegend teilzeitlich oder gar auf Abruf mit sehr schlechter sozialer Absicherung, sind Frauen eineinhalb mal so oft von Arbeitslosigkeit betroffen wie Männer. Diese Liste liesse sich beliebig fortsetzen.

Die EG hat zwar in bezug auf die Frauenerwerbsarbeit fünf Richtlinien erlassen, deren Uebernahme durch die Schweiz für hiesige Arbeitnehmerinnen von Vorteil wäre gegenüber dem Status quo - mindestens auf dem Papier. Warum ich dennoch der Meinung bin, dass diese Richtlinien zwar eine notwendige aber keineswegs hinreichende Voraussetzung zur Gleichstellung der Geschlechter darstellen, sondern im Gegenteil einer realen Verschlechterung der Situation von Frauen wenig bis gar nichts entgegenzusetzen können, möchte ich nachstehend begründen:

1. Die Gleichstellungs-Richtlinien sind einseitig wettbewerbspolitisch motiviert. D.h. es soll sichergestellt werden, dass die Wirtschaft eines Landes, das vermehrte Anstrengungen in Richtung Gleichstellung der Geschlechter unternimmt, nicht schlechter gestellt ist als die Wirtschaft anderer Länder, wo diese Anstrengungen fehlen oder geringer sind. Ein Konzept, das bei der Ursache der Ungleichbehandlung der Geschlechter ansetzt, nämlich bei der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, fehlt. Geregelt werden lediglich einzelne Folgen und Symptome im Bereich der Erwerbsarbeit (z.B. Lohn und Sozialversicherungen).

2. Da die EG und der EWR keine eigenen, ihre Richtlinien kontrollierenden Behörden besitzen, hängt es in hohem Masse von den nationalen Regierungen ab, ob und in welchem Ausmass der gegebene Grad der Rechtsverbindlichkeit auch tatsächlich erreicht wird. Nur bei eindeutigen Rechtsverletzungen kann der Europäische Gerichtshof (EuGH) resp. die EWR-Instanzen eingreifen. Ihre Sanktionsmöglichkeiten beschränken sich auf Ermahnung der fehlbaren Länder und darauf, Vertragsverstösse öffentlich zu machen.

3. Ein Klagerecht steht nur der einzelnen betroffenen Frau zu, und dies nur vor den nationalen Gerichten, die aber immerhin inhaltlich an Entscheide des EuGH gebunden sind. Ein Verbandsklagerecht existiert nicht, auch nicht im Fall struktureller Ungleichbehandlung. Die einzelne Frau muss die Richtigkeit der Anschuldigungen gegenüber ihrem Arbeitgeber beweisen, eine Beweislastumkehr analog zur Produkthaftpflicht fehlt.

4. Gleichstellung kann nach oben wie unten geschehen: Ein generelles Sozialdumping ist vorprogrammiert.

5. Bestehende Schutzbestimmungen für Frauen (Nachtarbeitsverbot) werden abgebaut. Weitergehende Massnahmen, z.B. Frauenquoten, sind unzulässig, da wettbewerbsverzerrend.

6. Eine eigenständige Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik fehlt im EWR. Von daher drängen sich Zweifel auf, ob die Entwicklung der Löhne und der Arbeitsplätze mit der Entwicklung der Wirtschaft Schritt halten wird. Ausserdem fehlen umfassende Untersuchungen über die unterschiedlichen Auswirkungen des EWR auf Männer und Frauen. Es scheint mir jedoch unzulässig, davon auszugehen, dass sich die makroökonomischen Beschäftigungswirkungen gleichmässig auf Männer und Frauen verteilen werden. Aufgrund der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung und der weiterhin fast ausschliesslichen Zuständigkeit der Frau für die Betreuung der Familienangehörigen und des Haushalts werden Frauen im zukünftig nochmals verschärften Wettbewerb mit unbeschränkter Mobilität noch schlechtere Startchancen haben als bisher - trotz oder gerade wegen der eng verstandenen formalen Gleichstellung. Flankierende Massnahmen, um die Wettbewerbsnachteile von Frauen aufzufangen, sind nicht einmal von SP und SGB verlangt worden ... um von anderen Parteien und Verbänden ganz zu schweigen.

Beate Wille ist Mitglied des Zürcher Regenbogenforums gegen EWR- und EG-Beitritt.

Lotta Suter

Hübsche Richtlinien auf Papier

"Wenn die Schweiz mit der Gleichstellung der Frauen nicht vorwärts macht, sollten wir wegen ein paar hübschen Richtlinien auf Papier nicht hoffen, dass Frauenrechte in der EG gratis - oder auch nur leichter - zu haben sind; auf den zweiten Blick gilt schon eher das Gegenteil.

Zwei Drittel der zwischen 1983 und 1989 neu geschaffenen Arbeitsplätze in der EG seien an die Frauen gegangen, schreibt die Wirtschafts- und Frauensekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes Margrit Meier in ihrem Papier 'Europa ist eine Frau' und belegt mit dieser Tatsache, wie frauenfreundlich Wirtschaftswachstum ist. Abgesehen davon, dass die Erwerbsquote als alleiniger Emanzipationsindikator äusserst fragwürdig ist - das Erwerbsarbeitsvolumen der Frauen hat in dieser Zeit gar nicht zugenommen. Mehr geworden sind im grossen Deregulierungsprojekt EG lediglich die sozial schlecht abgesicherte Teilzeitarbeit und prekäre Arbeitsverhältnisse; und bei diesen 'atypischen Beschäftigungsformen', wie es in der EG-Sprachregelung heisst, stellen die Frauen typischerweise neunzig Prozent der Arbeitenden."

Lotta Suter ist Redaktorin der WochenZeitung. Der Text stammt aus WoZ 37 1992.

AusländerInnen sich kaum rasant verändern wird, wohl aber ihr Qualifikationsprofil. Salopp gesagt werden hochqualifizierte deutsche Yuppies HilfsarbeiterInnen aus den EG-Südländern verdrängen. Es ist ohnehin klar, dass eine von links bis rechts herbeigesehnte "Modernisierung der Schweizer Wirtschaft" und "Auflösung der Kartelle" vor allem auf Kosten der sozial schwächeren Schichten gehen würde.

Weitaus weniger Gewicht als die Freizügigkeit hat ein anderes "Fortschrittsargument". Wenn zuweilen behauptet wird, der EWR bringe "Mitbestimmung" - dann ist das so weit von den Tatsachen entfernt, dass Begriffe wie Schwindel oder Lüge nur mit grösster Mühe vermieden werden können. Klipp und klar hält bereits die bundesrätliche Botschaft fest: "Es bestehen vorläufig keine EG-Rechtsvorschriften über die Mit-

bestimmung auf Unternehmensebene". Es sind nur einige Rahmenbedingungen zu Informations- und Anhörungsrechten bei Massentlassungen festgelegt. Die Restrukturierungsoffer des Binnenmarktes würden bei einem Beitritt zumindest etwas früher von ihrem Schicksal erfahren und dürften sich darüber auch in einer durch Richtlinie 75/125 EWR-weit harmonisierten Weise darüber beklagen. "Die Richtlinie bezweckt bloss eine minimale Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten. Weder zwingt sie den Arbeitgeber zur Aufstellung eines Sozialplans zugunsten der entlassenen Arbeitnehmer, noch schreibt sie eine behördliche Bewilligung der Massentlassung vor", beruhigt der Bundesrat die UnternehmerInnen und bezeichnet das Ganze im Titel trotzdem als "Schutz der Arbeitnehmer vor Massentlassungen". Es steht einzelnen Staaten frei, schärfere Bestimmungen zu erlassen (schliesslich geht es nicht um die freie Zirkulation von Produkten), wovon

Margrit Geiser und Stella Jegher

Von Männern für Männer gemacht

"Manchmal fragen wir uns, warum Frauen so spät erst über 'Europa' zu diskutieren begonnen haben - und vergessen dabei wieder, dass Europa andere Dimensionen hat als EG und EWR. Das heisst, das Patriarchat beschäftigt uns heute auf seine Art mit einem Thema, das auf internationalen Frauenkonferenzen schon längst viel umfassender bearbeitet wurde, zum Beispiel 1915 in Den Haag oder von Widerstandskämpferinnen im Zweiten Weltkrieg. Im Zentrum ihrer Überlegungen und Konzepte zum vereinten Europa standen jedoch nicht die Verteidigung europäischer Interessen gegenüber der Welt, die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft oder die Fähigkeit Europas, eine Militärgrossmacht zu werden. Sie suchten schon damals nach anderen, gerechteren Formen des Wirtschaftens und der Politik, in denen verschiedene Lebensentwürfe ihren Platz haben können. Voraussetzungen dafür waren Friede, Verteilungsgerechtigkeit, gleiche Rechte und vieles mehr bis hin zu Frauenquoten in aussenpolitischen Gremien. Darum geht es auch unter den heutigen, zum Teil anderen Voraussetzungen noch immer. ...

Wir lehnen einen Beitritt der Schweiz zum EWR ab,

- weil er ein Männerprojekt ist, von Männern für Männer geschaffen, genauer: für reiche, flexible, leistungsfähige Männer (und einige Frauen, die in diese Kategorie passen);
- weil er ein patriarchales Herrschaftsprojekt ist, das im europäischen und vor allem im weltweiten Ausbeutungssystem die Position der Stärkeren gegenüber den Schwächeren, des Nordens gegen den Süden, der Männer gegen die Frauen stärkt;
- weil er ein reines wachstumsorientiertes, asoziales Wirtschaftsprojekt ist, dem wir nicht auch noch die demokratische Legitimation zu verschaffen bereit sind. Wir lassen uns nicht in letzter Minute via Volksabstimmung die Verantwortung für die sozialen und ökologischen Folgen eines solchen Projekts zuschieben, das bisher ohne jede Beteiligung der betroffenen Bevölkerung konzipiert wurde;
- weil wir es ablehnen, statt einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung über das Weltwirtschaftssystem, seine Folgen und mögliche Alternativen Propaganda für eine strukturell gestärkte Fortführung der bisherigen Wirtschaftspolitik serviert zu bekommen;
- weil Inhalte und Ziele des EWR und die ihnen zugrundeliegende Denkweise grundsätzlich in die falsche Richtung gehen. Wir fordern Alternativen zum Wirtschaftswachstum, Alternativen zur weltweiten Ausbeutung der Mehrheit durch die Minderheit, Alternativen zum Primat ökonomischer Werte über das gesamte gesellschaftliche Zusammenleben. Wir fordern ferner eine Diskussion über das Demokratie-Defizit in der schweizerischen Wirtschafts- und Aussenpolitik statt deren Verlagerung auf die europäische Ebene."

Dieser Text ist einem Positionspapier des Frauenrats für Aussenpolitik (FrAu) entnommen, das auszugsweise in der WOZ 34 1992 veröffentlicht worden ist.

Chris Goll

Patriarchales Herrschaftsprojekt

Es geht mir um eine grundsätzliche Kritik am EWR, an den in ihm angelegten Inhalten, Denkmustern und politischen Prozessen. Deshalb lehne ich den EWR ab, auch wenn ich mich - zumindest unter der Bundeshauskuppel - in ungemütliche Gesellschaft begeben habe. "Wenn der EWR abgelehnt wird, bin ich lieber bei denen, die Ja gesagt hätten", hat mir während der Sondersession ein Genosse gesagt. Doch die Angst vor dem Sieg der Blocher-Neinsager kann doch nicht ernsthaft Grund genug sein, um die bisherige Kapitalismuskritik von Linken und Gewerkschaften über Bord zu werfen und ein äusserst fragwürdiges Projekt zu unterstützen.

Die Behauptung, es gäbe in der EWR-Kontroverse nur zwei Lager, das der Befürwortenden und das der ewigen Neinsagenden ist falsch. Er galt als Höhepunkt der EWR-Sondersession: der verbale Schlagabtausch zwischen zwei Gockeln, der auf entlarvende Art zeigt, vor welche Alternativen man uns stellen will: Entweder bist Du für ein Bodenmann-Ja oder für ein Blocher-Nein. Bei der wiederholt formulierten Kritik aus feministischer Sicht geht es jedoch nicht um einen Schönheitswettbewerb auf dem Laufsteg der Politik, sondern um eine grundsätzliche Infragestellung.

Der EWR ist ein patriarchales Herrschaftsprojekt, das von Männern für Männer geschaffen wurde. Angesprochen ist dabei der Supermann: Er ist weiss, europäisch, reich, flexibel, jungdynamisch, ungebunden und leistungsfähig. Es geht primär um einen Macht- und Verteilungskampf zwischen Männern. Und dies spielt sich auch in der schweizerischen Debatte ab. Die Diskussion über "Europa" hat das Patriarchat für sich gepachtet, angefangen bei den Verhandlungsdelegationen, dem Bundesrat und den Parteien über Vorort und Gewerbeverband bis zum Gewerkschaftsbund.

Im EWR-Wirtschaftsprojekt werden die wirtschaftlich Schwächeren und damit auch Frauen strukturell ausgegrenzt und benachteiligt. Im Zusammenhang mit der Frage nach dem EWR-Beitritt der Schweiz wird derzeit den Frauen die Übernahme der EG-Gleichstellungsrichtlinien schmackhaft gemacht. Hier gilt es jedoch, einige Fragezeichen anzubringen:

- Die Richtlinien sind nur auf den Erwerbsarbeitsbereich der Frauen ausgerichtet. Frauen haben jedoch ganz unterschiedliche Lebensentwürfe und sind nicht einfach nur Arbeitnehmerinnen.
- Was uns als Frauen in der Schweiz bestens bekannt ist, spielt auch im EG-Raum keine unwesentliche Rolle: Zwischen Richtlinien auf dem Papier und der Gleichstellung in der Praxis liegen Welten.
- Schliesslich stellt sich die Frage, ob die EG-Gleichstellungsrichtlinien den Frauen eine Verbesserung ihrer sozialen Situation nicht einfach nur vorspiegeln, während sich faktisch ihre Lebenssituation verschlechtert hat, denn in allen EG-Ländern hat sich das Wohlstandsgefälle zwischen Männern und Frauen vergrössert.
- Und noch einmal: Der EWR ist kein Gleichstellungsprojekt, sondern ein Wirtschaftsprojekt. Und wenn dann das prognostizierte Wirtschaftswachstum doch nicht stattfindet, haben wiederum Frauen für die sozialen Aufräumarbeiten als Trümmerfrauen herzuhalten.

Chris Goll ist Nationalrätin der FraP! (Frauen macht Politik!) und Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion.

der Nationalrat bei den Eurolex-Beschlüssen so wenig wie in den Jahrzehnten vor dem EWR Gebrauch gemacht hat.

Um den steinigen Pfad in die EG etwas zu polstern, sprach die SPS noch bis vor kurzem davon, dass "notwendige innenpolitische Reformen" die Annäherung an die EG begleiten müssten. Das "Manifest für ein soziales Europa" spricht von einem "geänderten Raumplanungs, Bau- und Bodenrecht", der Verbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen, mehr als nur "Minimallösungen" bei der Mitbestimmung oder fordert ein "europaweit garantiertes Existenzminimum für alle". Was ist aus diesen Anliegen geworden?

Die sozialdemokratischen ParlamentarierInnen haben sich im Nationalrat mit ein paar wenigen Vorschlägen begnügt. Erwartungsgemäss haben die Bürgerlichen in den Parlamentsberatungen Forderungen nach begleitenden Massnahmen vom Tisch geputzt. Ein Kernstück wie die Forderung nach kantonalen Minimallohnen wurde mit 93 zu 38 Stimmen vom Nationalrat abgelehnt. Im Vertrauen auf vage Zusagen des Bundesrates wollte Nationalrätin Brunner für die SP-KollegInnen den Antrag schon vor der Abstimmung zurückziehen - die mitunterzeichnende Luzerner Grüne Bühlmann konnte die stillschweigende Entsorgung

dieser Problematik von der öffentlichen Bühne gerade noch verhindern.

Wo der EWR-Beitritt eine ernsthafte Diskussion um Dutzende von sozialpolitischen Problemen erfordern würde, haben EWR-freundliche linke NationalrätInnen einzelne spärliche Vorteile des EWR ins Licht gerückt und sich ansonsten weitgehend in Schweigen gehüllt. Der Grund für die Zurückhaltung ist klar: Die sozialpolitische Lottrigkeit des EWR-Gebäudes sollte so wenig wie die Deregulierungsgelüste der bürgerlichen EWR-BefürworterInnen allzu deutlich ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gerückt werden.

Die Bürgerlichen zeigten sich nämlich zu keinen sozialen Zugeständnissen bereit. Es wäre ja auch reichlich weltfern, anzunehmen, dass Freisinn, Grossbanken, Vorort und Gewerbeverband den EWR-Beitritt benutzen würden, um ihre Profite und Gruppenegoismen zu beschneiden. Trotz einiger Anpassungsbeschwerden und der einen oder anderen bedrohten Pfründe sehen die helvetischen Unternehmer den EWR als Chance, mit einem Aufwasch in der EG leichter wirtschaften und in der Schweiz besser deregulieren zu können. Laut einer Umfrage der Handelszeitung unter den 2000 wichtigsten Unternehmen der Schweiz sind 85,6% der Führungsspitzen für den EWR-Beitritt.

Kahlschlag an demokratischen Rechten

Die Schweiz ist weder in sozialer noch in ökologischer Hinsicht ein Musterland, das quasi als Modell aber dient, verteidigt zu werden. Zu verteidigen gilt es aber demokratische Einflussmöglichkeiten, die durch einen EWR-Beitritt schwer beeinträchtigt würden.

- In den Bereichen Wirtschaft, Sozial- und Umweltpolitik werden Dutzende von Problemkreisen dem demokratischen Zugriff durch Volk und Parlament entzogen. In diesem Bereich muss das geltende und künftige EG-Recht angewendet werden. Das vorgesehene Referendumsrecht bei Gesetzesänderungen, die der EWR erzwingen würde, ist eine hohle Mogelpackung. Der harte Kern der Anpassungsgesetzgebung kann dadurch nicht beeinflusst werden, nur das eine oder andere Detail am Rande. Demokratische Ein-

Reto Gamma

Die Demokratie zurückstutzen?

Der Kanton Uri geht stinkigen Zeiten entgegen. Bereits heute verpestet 2300 Transitlastwagen pro Tag unsere Luft. Der EG-Binnenmarkt wird das Transitvolumen erneut verdoppeln. Mit dem EWR-Vertrag unterwirft sich die Schweiz dieser Wachstums-Philosophie. Gleichzeitig schränkt der EWR-Vertrag unsere Möglichkeiten ein, uns mit demokratischen Mitteln gegen diesen Transitterror zur Wehr zu setzen. Konkretes Beispiel: Über die im Mai 1990 eingereichte Alpen-Initiative darf - nach einem Ja zum EWR-Vertrag - gar nicht mehr abgestimmt werden. Begründung: Die Initiative sei mit ihrem Zwang zur Verlagerung des Transitverkehrs auf die Schiene nicht europakompatibel. Der lokal verankerte Widerstand gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen ist für mich wichtiger als der freie Warenverkehr in Europa. Deshalb bin ich nicht bereit, via EWR-Vertrag unsere direkte Demokratie auf ein europaverträgliches Mittelmaß zurückstutzen zu lassen.

Reto Gamma aus Altdorf ist Landrat und Mitglied des Kritischen Forums Uri

flussmöglichkeiten werden auf dem Altar des Binnenmarktes geopfert.

- Mit dem EWR würden sich die EFTA-Länder an eine staatsähnliche EG ankleben, welche selber nicht nach minimalen demokratischen Prinzipien funktioniert. Trotz ihrer weitgehenden Kompetenzen funktioniert die EG als Regierungsclub weitab von der Bevölkerung Europas. Der Binnenmarkt und die Maastrichter Zentralisierungsvorschläge wurden über die Köpfe der europäischen Bevölkerung hinweg konstruiert. Es besteht kein Grund, mit einem Ja zum EWR diese Fehlkonstruktionen zu stützen.

- Ein EWR-Beitritt würde auch in den EFTA-Staaten zu rechtsstaatlich fragwürdigen Verhältnissen führen. Nachdem bereits in kleinen Ländern wie der Schweiz die Gesetzesflut kaum zu überblicken ist, führt der EWR zu einem Chaos, in dem nur die wirtschaftsfreundlichen Rechtsakte wie die freie Warenzirkulation wirklich umgesetzt würden. Schutzbestimmungen für Mensch und Umwelt sind als ideologische Dekoration angelegt, nicht für den Vollzug. Für die weit über 10'000 Seiten EG-Recht, die nach einem Beitritt zum EWR auch in der Schweiz gelten würde, existiert nicht einmal eine systematische Sammlung...

- Die zugunsten des EWR vorbereiteten Gesetzesanpassungen verlagern innenpolitisch in vielen Bereichen die Kompetenzen Richtung Bundesrat. Das bedeutet Demokratieabbau, Stärkung der Exekutive und des inneren Zentralismus.

Ein Nein würde der EWR nur schon wegen der fragwürdigen Methoden verdienen, mit denen die Eurolex-Pakete durch Parlament und Volksabstimmung geschleust werden. Nachdem die ParlamentarierInnen an nützlichen Dingen wie einer AHV-Revision jahrelang herumlaborieren, werden Dutzende von EWR-Gesetzesänderungen ebenso hastig geschluckt wie unverdaut wieder ausgeschieden. "Da verwundert es nicht, dass der Verdacht aufkommt, die Eurolex sei etwas oberflächlich behandelt worden", kommentierte der "Tages-Anzeiger" am 29. August die Verhandlungen des Ständerats. Das Parlament hat sich - mit löblichen und rechts aussen bekloppten Ausnahmen - als anpasserische Ja-SagerInnen-Truppe verhalten. Nicht nur das Fehlen von flankierenden Massnahmen im sozialen und ökologischen Bereich, auch das ganze Klima der Parlamentsdebatte wirft ein bezeichnendes Licht auf die "Entschlossenheit", mit der die helvetische classe politica den negativen Auswirkungen des Binnenmarktes entgegneten will...

Andi Gross

Kontraproduktiver EWR

"Die grosse politische Kunst, vor der meiner Meinung nach dieser EWR-Vertrag versagt, ist heute, die Öffnung der Nationalstaaten zu realisieren, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger in diesen Staaten, und zwar überall, ihre Möglichkeiten der Selbst- und Mitbestimmung verlieren.

Diese politische Messlatte erreicht der EWR nicht anähernd. Er nimmt sie, indem er sich unter ihr durchmogelt. Wir müssen heute in einen Lernprozess, in einen Emanzipationsprozess einsteigen. Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, dass die Staaten alleine die wesentlichen Probleme lösen können. Wir dürfen auch nicht meinen, wir könnten unser Schicksal einfach irgend jemandem, einer Gruppe verschiedener Menschen, in die Hände legen. Wir wissen - das ist in der Schweiz absolut verbreitet -, dass wir Lösungen in unserem Sinne nur dann finden, wenn wir alle unsere Ansichten einbringen können, wir das Recht haben, gehört zu werden.

Dieses Recht, das bisher in den Vereinigten Staaten, in Norwegen, in Schweden und in der Schweiz verankert worden ist, muss heute für ganz bestimmte Gründe auf europäischer Ebene eingerichtet werden. Das geht nicht mit einer Integration, die nur die wirtschaftliche Optik akzeptiert und die politischen Vorstellungen unterschätzt und vernachlässigt.

Es ist notwendig, dass wir teilen lernen, aber auch, dass der Entscheidungsprozess, der geteilt werden muss, von uns selber mitbestimmt wird. Und zwar nicht nur von Ministern, nicht nur von Parlamentariern, nicht nur von Beamten, nicht nur von Diplomaten. Wir alle haben das Recht, an diesem Prozess teilzuhaben. Diesem Lernprozess, diesem Fortschritt bringt dieser EWR-Vertrag nichts - im Gegenteil - er ist meiner Meinung nach kontraproduktiv."

Andi Gross ist Nationalrat der SP Kanton Zürich und Mitbegründer von eurotopia. Das Zitat stammt aus seinem Votum in der EWR-Debatte des Nationalrats.

Umweltzerstörung wird beschleunigt

Der EG-Binnenmarkt als Motor und tragende Konstruktion des EWR beginnt umweltpolitisch fatale Wirkungen zu entfalten. In den achtziger Jahren ist es in Westeuropa nicht gelungen, die Umweltzerstörung auch nur zu stabilisieren. In dieser Situation beschleunigt und verstärkt der Binnenmarkt die bereits vorhandenen negativen Trends. Er schreibt "ein Europa mit schmutzigem Wachstum" fest, wie des der "Spiegel-Spezial" unter dem Titel "Europa ohne Grenzen - Alarm für die Umwelt" formuliert.

Der Verkehr wird als Folge des Binnenmarktes massiv zunehmen. Mit EG-Geldern wird der Bau eines Teils der über 30'000 geplanten Autobahnkilometer und weiterer Strassenprojekte der Mitgliedstaaten subventioniert. Die EG verweigert hartnäckig effiziente Massnahmen gegen die drohende Verkehrsflut. Grund dafür ist nicht nur die omniprésente Autolobby, sondern auch das Konzept der "Homogenität" des Binnenmarktes, die mit guten kontinentalen Verkehrsverbindungen gewährleistet werden soll. Folgen: Bis zum Jahr 2000 soll der grenzüberschreitende Lastwagenverkehr um 30 bis 50% zunehmen. Bis zum Jahr

2010 könnte der Strassenverkehr um 77% wachsen, befürchten die europäischen Umweltverbände. Gleichzeitig wird der Luftverkehr dereguliert, was zu einer Verdoppelung des Verkehrsvolumens in nur zehn Jahren führen wird. Die Auswirkungen auf die Umwelt sind offensichtlich. Auch die EG selbst rechnet damit, dass innerhalb von knapp zehn Jahren die Luftschadstoff-Emissionen um 10 bis 20% und der Ausstoss von Kohlendioxid um etwa 25% zunehmen werden.

Die EG hat zahlreiche umweltpolitische Vorschriften erlassen, die sich von den Standards her mit jenen der Schweiz vergleichen lassen, auch wenn sie eher etwas weniger weit gehen. Diese Erlasse dienen dazu, die Einzelstaaten von eigenen Vorschriften abzuhalten und den EG-BefürworterInnen Propagandamaterial zu liefern. Der Umwelt nützen sie reichlich wenig, weil sie schleppend umgesetzt und über weite Strecken gar nicht vollzogen werden. Bereits bei der Umsetzung Umwelt-Richtlinien in nationale Gesetze hapert es gewaltig. Eine Zwischenbilanz förderte zutage, dass sieben der zwölf Länder bisher nur gerade 70 bis 100

Hans Steiger

Mehr Verkehr - auch in der Luft

"In den letzten zwei Jahrzehnten, mit dem wachsenden Bewusstsein für ökologische Fragestellungen, habe ich in meiner politischen Arbeit vor allem folgendes hinzulernt: Dass dezentral im Zweifelsfall besser ist als zentralistisch, dass kürzere Wege besser sind als lange und dass kleinere Einheiten auch eher noch demokratisch verwaltet werden können. Nach diesen Kriterien lehne ich einen institutionellen Schritt hin zu noch grösseren Märkten mit noch grösserer Arbeitsteilung ab.

Für mich ist der EWR, ist leider auch die nach dem Zweiten Weltkrieg noch friedenspolitisch motivierte Idee einer europäischen Staatengemeinschaft im heutigen Stadium ein reines Expansionsprojekt, ein Projekt zur Wirtschafts- und Verkehrsförderung - und das in einer Weltregion, die Verkehr und Verschleiss im Gegenteil drastisch drosseln müsste.

Mit der Eurolex werden auch neue Schleusen für den Schwerverkehr auf der Strasse geöffnet. Mit der Liberalisierung im Bereich der Luftfahrt soll die Freiheit nicht nur über den Wolken bald grenzenlos sein. Mit dem Kleingedruckten des EWR-Vertrages handeln wir uns auch und gerade im Flugverkehr neue Zwänge für den Ausbau der Infrastrukturen ein: Es kann in diesem Zusammenhang auch nicht mehr erstaunen, dass uns vom Bundesrat gleichzeitig mit der Revision des Luftfahrtgesetzes eine Subventionierung von Flughafenbauten zugemutet wird.

Bei der Beratung der Eurolex-Vorlagen in der Verkehrskommission habe ich mir vergeblich ein präziseres Bild von dem machen wollen, was uns beim Luftverkehr blüht: In der Kommission wurden weder die mit dem EWR verknüpften EG-Richtlinien analysiert, noch wurde mit dem angemessenen Ernst über längerfristige Perspektiven diskutiert.

In meiner bisherigen politischen Arbeit - darunter acht Jahre in einer kantonalen Raumplanungskommission - habe ich noch nie etwas derart Unseriöses erlebt wie die Behandlung dieses Vertrages. Ich vermute, dass kaum eine oder einer von uns hier im Saal nur schon in seinem Fachgebiet wirklich weiss, was die 12'000 Seiten Kleingedrucktes in diesem Vertragswerk an Veränderungen bringen. Das berühmte Eurolex-Paket ist da nur die Spitze eines Eisbergs. Was wir dem Volk nach dieser Schnellbleiche im Parlament bis zum 6. Dezember bieten können, wird nicht Information sein, sondern Propaganda. Vom jetzt gestreuten Kurzfutter aus dem Integrationsbüro nicht zu reden...

Zurück zum Luftverkehr. Nur ein diskretes Sätzchen auf den Seiten 337 und 338 der EWR-Botschaft deutet an, dass da noch allerdaher auf uns zukommt: Es zeichnet sich eine Entwicklung in Richtung des freien Marktzugangs aller Luftfahrtunternehmen ab, bereits in naher Zukunft. Mit neuen Anpassungen unserer Gesetze, neuen Ansprüchen an unsere Verkehrsinfrastruktur. Denn wer A sagt, wird dann auch B sagen müssen.

Herr Ogi selbst räumte in unseren Diskussionen eine kaum abschätzbare Dynamik mit Konkurrenzkämpfen, Dumpingangeboten, neuen Konsumanreizen ein - das wären eben die Risiken einer vollen Beteiligung am Markt. Seine offene Bemerkung - "C'est à prendre ou à laisser" hat meine Meinung bestärkt, der EWR sei mit Rücksicht auf die Umwelt "à laisser"!

Ich will hier noch einmal unterstreichen, was auch andere Gegnerinnen und Gegner des EWR aus dem links-grünen Lager vor mir sagten: Nein zur Vollintegration in dieses WirtschaftsEuropa heisst nicht Nein zur stärkeren Öffnung unseres Landes zur Welt. Eine tatsächliche, engagierte Öffnung zur ganzen Welt liegt mir näher als dieses Bündnis nur mit einem Teil von Europa. Dementsprechend war ich seinerzeit klar für den Beitritt der Schweiz zur UNO - ich würde diesen Schritt noch heute vorziehen. Dies auch, um zu signalisieren, dass wir nach dem gemeinsamen Nein zum EWR einen anderen, einen ganz anderen Weg gehen wollen als Walter Frey."

Hans Steiger ist Nationalrat der SP Kanton Zürich. Das hier leicht gekürzt wiedergegebene Votum hielt er in der Eintretensdebatte des Nationalrates zu den EWR-Beratungen.

Theresa Herzog-Zimmermann

Umweltziele werden in Frage gestellt

"Es droht nicht nur eine massive Zunahme der Umweltbelastungen, sondern verschiedene in den vergangenen Jahren hart erkämpfte Umweltziele und -programme sind wieder in Frage gestellt. Die Pflicht, die Grenzen auch für Importprodukte (z.B. Brenner, Motorfahrzeuge, Elektrogeräte) zu öffnen, die den schweizerischen Schutznormen nicht entsprechen, wird das Erreichen der Ziele des Luftreinhaltekonzepts, aber auch des Energiespar- und Ersatzprogramms wesentlich erschweren, wenn nicht ganz verunmöglichen. Ein schwerer Rückschlag droht auch bei der Eindämmung von gefährlichen Chemikalien und Sonderabfällen, wenn die Grenzen für chemische Stoffe, die in der Schweiz verboten, in der EG aber zugelassen sind, wieder geöffnet werden müssen (z.B. Polychlorierte Biphenyle, Pentachlorphenol, halogenisierte Bi- und Terphenyle, Asbest, cadmiumhaltige Handelsdünger, verbleites Normalbenzin, Heizöle mit erhöhtem Schwefelgehalt)."

Theresa Herzog-Zimmermann leitet die "Koordination für Europafragen" der Umweltverbände. Das Zitat stammt aus einem von ihr redigierten Presserohstoff der Koordinationsstelle zu den Auswirkungen des EG-Binnenmarktprogramms auf die Umwelt.

der 136 Richtlinien in nationales Recht umgesetzt haben. Wo keine starke Umweltbewegung präsent ist, erfolgt diese Umsetzung in den meisten Fällen minimalistisch und rein pro forma. Griffige Detailvorschriften, Überwachungsinstrumente, Personal und Finanzen werden nicht beschlossen - der deutlich sichtbare Vollzugsnotstand ist vorprogrammiert

Diese Kombination von beschleunigter Umweltzerstörung und lottrigen umweltpolitischen Rahmenbedingungen würde bei einem EWR-Beitritt auch auf EFTA-Länder wie die Schweiz durchschlagen und die ohnehin prekäre Umweltsituation noch verschärfen.

- Das bisherige Schutzniveau könnte nicht gehalten werden. So müssten das Verbot von PVC-Flaschen oder von Phosphaten in Waschmitteln fallen. Eine Verschlechterung ist auch bei den Autos vorprogrammiert, wo ab Mitte 90er Jahre Wagen auf dem Markt zugelassen werden müssten, welche die weniger strengen EG-Vorschriften erfüllen. Ähnliches gilt für Produkte, die ozonschichtschädigende Substanzen enthalten.

- Die umweltpolitische Handlungsfähigkeit würde massiv beschränkt, das Entstehen organisierter Verantwortungslosigkeit ist vorprogrammiert. Die produktbezogenen Vorschriften der EG sind nach oben abschliessend und erlauben den einzelnen Ländern keine Weiterentwicklung. Das wirkt sich insbesondere für stark belastete Regionen wie die Alpen aus. Ökologisch überstrapazierte Regionen brauchen überdurchschnittliche Regelung, um eine durchschnittliche Umweltqualität zu erzielen. Bereits in den letzten ein,

zwei Jahren haben sich auch in der Schweiz Muster organisierter Verantwortungslosigkeit herauszubilden begonnen: Mit dem Hinweis auf "Europakompatibilität" und künftige Zuständigkeit der EG ist die umweltpolitische Handlungsbereitschaft von Behörden und vieler PolitikerInnen zum Erliegen gekommen.

- Wo keine EG-Vorschriften existieren, dürfen die einzelnen Länder Gesetze erlassen... sie aber nicht anwenden. Das "Cassis de Dijon"-Prinzip erlaubt es jeder Firma, die ein zweifelhaftes Produkt auf dem Heimmarkt vertreiben darf, im ganzen EWR Marktzugang zu erzwingen.

In einer EWR-Dokumentation formuliert das Integrationsbüro des Bundes seine Einschätzung folgendermassen: "Die Umweltbelastung nimmt auf jeden Fall zu. ... Die Umweltsituation in der Schweiz ist nicht primär von der Frage Alleingang, EWR-Vertrag oder EG-Beitritt abhängig." Diese Haltung ist nur dann schlüssig, wenn umweltpolitisch ohnehin nicht viel passieren soll, wenn die Dominanz des Binnenmarktes anerkannt wird. Für alle, die gegenüber hausgemachten Problemaspekten wie gegenüber dem zunehmenden Druck aus dem EG-Raum effizient vorgehen möchten, ist ein Nein zum EWR Vorbedingung. Das bedeutet keineswegs, dass die Schweiz sich ins Schneckenloch verkriechen müsste: Mit der Perspektive eines Umweltraums Europa könnte die Schweiz per Verfassungsartikel erklären, sämtliche Umweltvorschriften der EG anzuerkennen und zu übernehmen. Aber nicht als Maximum (wie im EWR), sondern als minimale Plattform, auf der weitere Verbesserungen und Verschärfungen aufbauen könnten!

Stichworte: Vom EWR betroffene Problemkreise

Abzahlungsvertrag / Alkohol / AHV / Anlagefonds / Anleihenobligationen / Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel / Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung / Arbeitsvertrag / Atomenergie / Aufsicht über die privaten Versicherungseinrichtungen / AusländerInnen / Banken und Sparkassen / Beamte / Börsen / Bundesbahnen / Bundesrechtspflege / Energie / Epidemien / Erfindungspatente / Ergänzungsleistungen / Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland / Familienzulagen in der Landwirtschaft / Gebrauchsgegenstände / Gewässerschutz / Gifte / Herkunftsbezeichnungen / Integrierte Schaltungen / Invalidenversicherung / Krankenversicherung / Landwirtschaft / Lebensmittel / Luftfahrt / Medizinalpersonal / Messwesen / Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen / öffentliche Märkte / Öffentlicher Verkehr / Organisation von Reisen / Pensionkassen / Postverkehr / Produkthaftpflicht / Radio- und Fernsehen / Rohrleitungsanlagen / Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten / Sprengstoffe / Strahlenschutz / Strassenverkehr / Technische Handelshemmnisse / Telekommunikation / Tierseuchen / Umweltschutz / Unfallversicherung / Urheberrecht / Versicherungsvertrag / Zoll

Andere Möglichkeiten

Die heutige EG ist eine Pervertierung emanzipatorischer Europaideen. Wenn offen denkende Teile der europäischen Bevölkerung an Kooperation, soziale Geborgenheit und kulturelle Vielfalt denken, realisierten Westeuropas Regierungen Zentralismus, Binnenmarkt-Reaganomics und wirtschaftliche Einfalt. Das fortschrittliche Nein von Dänemark zu Maastricht, die negativen sozialen und ökologischen Trends, das Auseinanderbrechen des EG-Währungssystems zeigen auf, dass die heutige EG kein Modell für die Zukunft sein kann - so wenig wie die heutige Schweiz.

Europa soll sich nicht um einen Markt, eine Zentralbank und einen entstehenden Staat integrieren. Vielmehr müssen Formen der Zusammenarbeit gefunden werden, welche im Fortbestand von Vielfalt integrierend gegenüber den Menschen wirken, die neben Europa oder in Europa unten leben. Europäische Integration muss als Aufbau eines Bildungsraums, eines Umwelt- und Sozialraums verstanden werden. Im Rahmen eines Staatenbundes können solche Räume als verbindliche Plattformen ausgestaltet werden, die nicht für ein Unterschreiten minimaler Standards, wohl aber für Verbesserungen und eigenständige Lösungen offen sind. Statt das Selbstbestimmungsrecht von Menschen den Kompetenzen eines kontinentalen Zentrums zu opfern, müssen demokratische Einflussmöglichkeiten verstärkt werden.

Der Schweiz, wie andern EFTA-Ländern und offensichtlich der EG, ist das Ende des Kalten Krieges nicht gut bekommen. Die Krisensymptome sind weder auf

nationaler noch auf supranationaler Ebene zu übersehen. Es steht gar nicht zur Wahl, die ausgetragenen helvetischen Klamotten mit neuen bunten EG-Gewändern zu vertauschen. Von einem Auslaufmodell zum andern zu wechseln, löst die Probleme nicht. Gefährlich ist die Illusion, mit der Integration in kriselnde Grossgebilde würden die inhaltlichen Probleme gelöst, welche Feministinnen, Grüne und Linke hier und anderswo bewegen. Das Warten auf den Anschluss an EWR und EG hat - wie das Warten auf Maastricht in der EG - vielmehr als Ausrede für Abwarten und Nichtstun gedient.

Es gibt auch keinen Grund, einem behaupteten "Wir haben keine andere Wahl!" auf den Leim zu gehen. Seit es Staaten gibt, sind sie den Pressionen der Umgebung ausgesetzt. Insbesondere die kleineren unter ihnen wissen seit eh und je, dass eigene Wege manchmal auch einen Preis haben, wenn sie den Grossen nicht passen. Heute ist allerdings der Druck auf Länder wie die Schweiz und Österreich nicht gerade gross. Die EG der neunziger Jahre ist erstens keineswegs mit Nazi-Deutschland zu vergleichen und hat zweitens kaum ein wirtschaftliches Interesse, aussenstehende Kleinstaaten kaputt zu machen. Schliesslich gibt es viele und verschiedenste Kräfte in der EG, die solches gar nicht zulassen würden.

Europa hat viele - gestaltbare - Zukünfte. Mit der aktuellen Krise der EG sind breite Diskussionen und neue Spielräume für europäische Perspektiven entstanden.

Literatur:

Die Schweiz und die EG. Die ökol. Aspekte des Binnenmarktes. Koordination für Europafragen, Postfach, 3360 Herzogenbuchsee. *EG-Binnenmarkt und Umwelt.* Weissbuch der europ. Umweltverbände... Europäisches Umweltbüro EEB. Brüssel, März 1991.

Europa ohne Grenzen - Alarm für die Umwelt. Spiegel Spezial Nr. 1/92.

Forum gegen EWR- und EG-Beitritt: EWR und Demokratie; EWR und Umwelt (Kurzdarstellungen). Literaturliste * *Manifest für ein soziales Europa.* SPS, 1991.

Meile, Urs: Risiken des Megastaats. Beiträge zur Diskussion um EG und EWR. Paper, 17 S., Zürich 1992 (1. Aufl. vergriffen)

Ruppen, Paul: Europäische Integration, Frieden und Demokratie. Broschüre, 48 S. Brig, 1992 (Fr. 4.80 *)

Studer, Heinzpeter: Kann mensch EG essen? Konsumelend und Agrikult im 'freien' Markt. (Erscheint Mitte Oktober bei edition szenario, 9053 Teufen. Rund 250 Seiten, Fr. 18.-- plus Porto. Bei Vorauszahlung auf PCK 90-11191-1 portofrei)

The Task Force Environment and the Internal Market: 1992 - The Environmental Dimension. Economica Verlag, Bonn 1990.

Strahm, Rudolf: Europaentscheid. Werd, Zürich 1992.

* Die vorliegende Broschüre und die gekennzeichneten Unterlagen können gegen Beilage des Preises in 80er-Briefmarken bestellt werden beim Forum gegen EWR- und EG-Beitritt. Adresse: Forum, Sandrainstr. 83, 3007 Bern. (Tel. 031 46 03 15).

Impressum:

Herausgegeben vom Zürcher Regenbogenforum gegen EWR- und EG-Beitritt.

Redaktion: Urs Meile. 1. Auflage, Zürich 22.9.92

Wir danken allen AutorInnen, die für diese Publikation einen Beitrag geschrieben oder zur Verfügung gestellt haben.

Bestellungen aus dem Grossraum Zürich: Regenbogenforum, Postfach 1814, 8040 Zürich. Preis 4 Franken, bitte in 80er-Briefmarken beilegen, wenn möglich zusammen mit einem voradressierten C5-Couvert. Bestellungen aus dem Rest der Welt bitte direkt ans nationale Forum in Bern senden, wo sich ein Sekretariat um den Versand kümmert (siehe Anmerkung Literaturliste).

Das Zürcher Regenbogenforum gegen EWR- und EG-Beitritt ist dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen, über die alle anderen Blöcke in der EWR-Auseinandersetzung ja reichlich verfügen.

Regenbogenforum, PC 80-39 348-5. Herzlichen Dank!